

Gegen den Krieg wählen

Am 14. Mai findet die Wahl zur Bremer Bürgerschaft statt. Das Parlament des kleinsten Bundeslandes wird von knapp 480.000 Wahlberechtigten gewählt. Seit dem Jahr 2019 wird der Stadtstaat von einer Koalition aus SPD, Grünen und „Linken“ regiert.

Der Bremer Landesvorstand der Partei „Die Linke“ hat sich in den vergangenen Jahren vollkommen auf einen bürgerlichen Kurs begeben. Die Parteispitze forderte Waffenlieferungen an die Ukraine und distanzierte sich vom Ostermarsch. Unter der „linken“ Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard fand der auch aus anderen Bundesländern bekannte Abbau von Personal und Kapazitäten in den Krankenhäusern statt. Auch viele Stadtteilinitiativen, die sich vor der letzten Wahl für die Linkspartei aussprachen, haben sich inzwischen abgewendet. In den aktuellen Umfragen kommt die Partei, die mit dem Slogan „Das neue Rot“ wirbt, nur noch auf 7 Prozent. Im Jahr 2019 erreichte sie 11,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ihr drohen damit die größten Verluste unter den Regierungsparteien.

Während die SPD mit Zugewinnen rechnen darf, liegen die Grünen auf dem Niveau von 2019. Für die FDP, die derzeit bei 6 Prozent steht, könnte es mit dem Einzug in die Bürgerschaft eng werden. Fest steht schon jetzt, dass die AfD in der nächsten Legislaturperiode nicht dabei sein wird. Zwei Vorstände der zerstrittenen Partei hatten konkurrierende Wahllisten eingereicht, die aufgrund der unklaren Lage vom Landeswahlausschuss zurückgewiesen wurden. Eilanträge der Partei vor dem Landesverfassungsgericht scheiterten in der vergangenen Woche. Davon profitieren könnte die rechte Kleinpartei „Bürger in Wut“ (BIW), die im Jahr 2004 aus den Trümmern der „Schill-Partei“ entstand. Sie setzt vor allem auf Polizeistaatsmentalität und steht nach eigenen Aussagen für „eine Renaissance konservativer Werte“. In Umfragen liegt die BIW derzeit bei knapp 6 Prozent.

In dieser Gemengelage ist nicht zu erwarten, dass sich „Linke“ und andere bürgerliche Parteien einen inhaltlichen Wahlkampf liefern. Die wichtigste Frage unserer Zeit, die Friedensfrage, wird nur von der DKP Bremen in den Mittelpunkt gerückt. Obwohl die Partei selbst nicht kandidiert, mischt sie im Wahlkampf mit und hat nun eine Stellungnahme und einen kommunistischen Wahlprüfstein herausgegeben. „Während 100 Milliarden in die Bundeswehr fließen sollen, um künftig noch mehr Krieg in die Welt zu tragen, stehen Gesundheitswesen, Kitas oder Mittelstandsfirmen wie Bäckereien vor dem Kollaps“, heißt es in der Erklärung. Bremen sei das Land mit der höchsten Arbeitslosenquote, als Standort für Rüstungsschmieden allerdings gefragt: „Rheinmetall Defence, Airbus, Lürssen-Werft, OHB, Atlas Elektronik, der Flughafen für die Grundausbildung von Bundeswehrpiloten, dazu Logistik & Transport via Flughafen, Häfen und Bahn lässt Spekulanten seit dem Ukraine-Maidan 2014 vermehrt auf Bremer Rüstungskonzerne setzen. So spielt Bremen im Rüstungsranking in der Oberliga mit.“ Dadurch werde die Stadt auch zur „lohnenden militärischen Zielscheibe“.

Die DKP Bremen setzt ihren Schwerpunkt bei den Bürgerschaftswahlen deshalb auch auf den Protest „gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und gegen das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. Wir fordern Diplomatie und Verhandlungen. Das Töten und Sterben auf dem Schlachtfeld muss aufhören. Die Gefahr eines möglichen atomaren Weltkrieges mit vielen Milliarden Toten muss verhindert werden.“ Statt in Aufrüstung und Kriegstreiberei müsse in den Erhalt und Ausbau des Gesundheitswesens, der Schulen und der Kitas investiert werden. Folgerichtig orientiert die DKP darauf, nur „Kandidaten zu wählen, die für Diplomatie, Verhandlungen und gegen Waffenlieferungen eintreten und zudem die soziale Schieflage zugunsten der Arbeiterklasse verbessern wollen“.